

Dringlichkeitsantrag

Die Fraktion der Liste Scharinger stellt gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 den Antrag, den nachstehenden Verhandlungsgegenstand in die Tagesordnung aufzunehmen.

Tagesordnungspunkt:

Resolution der Stadtgemeinde Hollabrunn gegen die Nutzung des ehemaligen Caritas-Heim in Hollabrunn zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Fremden

Begründung:

Bereits Ende Oktober 2022 wurde in einem ORF-Beitrag über den Leerstand des ehemaligen Caritas-Heimes in Hollabrunn und der geplanten Weiternutzung als Flüchtlingsunterkunft berichtet. Laut dem Presseartikel ist seitens der Caritas beabsichtigt die Unterkunft wie bisher als Flüchtlingsunterkunft weiter zu betreiben, es fehle aber die Zustimmung des Landes. Dieses verweist wiederum auf das Innenministerium.

In der Bevölkerung sorgen diese Informationen und Gerüchte für Unruhe – und das aus berechtigten Gründen.

Bereits im Jahr 2015 hat die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Fremden im Studentenheim schon im Vorfeld für Bedenken und danach für Schlagzeilen gesorgt. Nach dem mehrfachen Missbrauch eines 13-jährigen Mädchens im Bezirk Korneuburg wurde der mutmaßliche Täter zusammen mit den anderen zwanzig minderjährigen, männlichen Flüchtlingen, die im Hollabrunner Studentenheim untergebracht waren, von Bürgermeister Bernreiter auf die Straße gesetzt (siehe dazu NÖN vom 08.04.2016).

Unbegleitete minderjährige Fremde in Österreich stammen zu einem großen Teil aus Afghanistan, gefolgt von Syrien, Irak oder Somalia, wobei der Anteil der männlichen Asylwerber je nach Jahr bei 85 bis 95 Prozent liegt.

In vielen Fällen besteht jedoch zu Recht Zweifel an den Altersangaben hinsichtlich der Minderjährigkeit und die Asylbehörden müssen Gutachten zur Altersbestimmung einholen. So ist einer parlamentarischen Anfrage aus dem Jahr 2017 zu entnehmen, dass beispielweise im Jahr 2016 bei 2252 erstellten Gutachten bei 919 Fällen (41 % der geprüften Fälle) eine Volljährigkeit festgestellt wurde. Für diese forensischen Untersuchungen wurden allein im Jahr 2016 rund drei Millionen Euro ausgegeben.

Die Lage an den Grenzen hat sich seit dem Jahr 2016 jedoch nicht gebessert. Beinahe täglich wird über die Zustände in den burgenländischen Gemeinden, die längst zu den Hot-Spots des Flüchtlingsstroms geworden sind, berichtet. In der Kronenzeitung am 27.11.2022 berichtet der Bürgermeister von Schattendorf, dass die Wälder zu Campinglagern geworden sind und ständig Männer in verwahrlostem Zustand durch den Ort irren. Ständig werden im Wald Pässe, Schlafsäcke und Gewand gefunden – soviel, dass teilweise Bagger für den Abtransport benötigt werden. Im Ort würden sich Frauen abends nicht mehr alleine auf die Straßen trauen und Eltern ihre Kinder nur mehr in Gruppen zur Schule gehen lassen, nachdem es schon zu Belästigungen gekommen ist.

Zustände, die in Holabrunn zum Glück noch nicht zum Alltag gehören.

Doch warum kommt es zu so massiven Missständen in der Asylpolitik. Wie einem Artikel der Tageszeitung Heute vom 01.12.2022 zu entnehmen ist, sieht Ex-Kanzler Sebastian Kurz das Problem darin, dass wir Schlepper entscheiden lassen, wer zu uns kommt. Das ist aus Sicht von Kurz aber für die Lage unseres Sozialsystems und für die Sicherheitslage in den europäischen Großstädten nicht gesund. Und diese Einschätzung lässt sich auch mit Fakten belegen.

Die Bilder der Ausschreitungen Ende Oktober 2022 in Linz sind noch in den Köpfen. In einem Bericht der Tageszeitung Krone vom 13.12.2022 ist zu lesen, dass die 129 Beschuldigten aus 29 Nationen stammen. 28 Syrer, 14 Afghanen, 46 Österreicher (darunter 34 eingebürgert) und 35 Asylberechtigte. Zustände, die sich keine Gemeinde wünscht aber scheinbar schon zum Alltag geworden sind. Das hier etwas nicht stimmt hat auch der Kolumnist Michel Jeanèe in der Kronenzeitung am 04.12.2022 festgestellt. Im Fall um den Tod der 13-jährigen Leonie wurden 3 Asylwerber aus Afghanistan zu langen Haftstrafen verurteilt –

bei guter Führung sind diese aber nach spätestens 15 Jahren wieder frei.

Das mit 01.01.2022 8.979.994 Menschen in Österreich lebten ist kein Grund zu feiern. Wie die Kronenzeitung am 27.02.2022 schreibt ist das Bevölkerungswachstum ausschließlich auf Menschen nichtösterreichischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen. Ohne sie wäre die Bevölkerung in Österreich im Jahr 2021 nicht gewachsen sondern geschrumpft. Und das wäre aus Sicht von Dr. Tassilo Wallentin auch besser gewesen. Denn unser Land ist überbevölkert und mit dem bisherigen Wachstum in 25 Jahren vollständig zubetoniert.

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Hollabrunn beschließt folgende Resolution gegen die Nutzung des ehemaligen Caritas-Heim in Hollabrunn zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Hollabrunn fordert den Bundesminister für Inneres Mag. Gerhard Karner und den niederösterreichischen Landesrat für Flüchtlingsangelegenheiten Gottfried Waldhäusl auf, das ehemalige Caritas-Heim in Hollabrunn nicht zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Fremden im Sinne des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes zu nutzen.

Als Schulstadt mit über 5.000 Schülerinnen und Schülern und mehreren Schuleinrichtungen im unmittelbaren Nahbereich zum ehemaligen Caritas-Heim in Hollabrunn bestehen für den Gemeinderat von Hollabrunn Bedenken und Sorgen um das konfliktfreie Zusammenleben bei Umsetzung der beabsichtigten Pläne. In Anbetracht der in den letzten Monaten gehäuften und in den Medien berichteten Vorfälle mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist es seitens des Gemeinderates nicht gewünscht eine derartige Flüchtlingseinrichtung in der Stadtgemeinde Hollabrunn einzurichten.